

**Antrag 124/II/2018****ASG Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****IGeL Abzocke zurückdrängen**

1 Die SPD Berlin / die SPD fordert die Mitglieder der SPD-  
2 Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mit-  
3 glieder der Bundesregierung auf, gesetzliche Maßnahmen  
4 zu ergreifen, überflüssige und nicht ungefährliche Selbst-  
5 zahlerangebote aus Arztpraxen zurückzudrängen. Patien-  
6 tinnen und Patienten müssen effektiv vor einer systema-  
7 tischen Verunsicherung und folgender finanzieller Abzo-  
8 cke geschützt werden. Sinnvolle Leistungen müssen GKV-  
9 Leistungen sein. Unsinnige Zusatzangebote haben in Arzt-  
10 praxen nichts verloren.

11

**Begründung**

13 Bei manchen Arztgruppen scheinen sogenannte Individu-  
14 elle Gesundheitsleistungen (IGeL) mehr zur Regel zu wer-  
15 den als qualitativ anerkannte und von den Kassen erstat-  
16 tete Diagnose- und Therapieverfahren. Die zunehmende  
17 Ausweitung von IGeL-Angeboten führt bei den Patientin-  
18 nen und Patienten zu großen Verunsicherungen. Zum ei-  
19 nen, suggeriert der Verkauf von IGeL, dass die Gesetzliche  
20 Krankenversicherung nur eine unzureichende Versorgung  
21 bieten würde. Zum anderen kann die tatsächliche Sinn-  
22 haftigkeit und Wirkung von IGeL-Angeboten von den Pati-  
23 entinnen und Patienten kaum adäquat abgeschätzt wer-  
24 den, zumal sich das Angebot ständig erweitert und verän-  
25 dert. Um Patientinnen und Patienten nicht weiter in Arzt-  
26 praxen in unangenehme Situationen zu bringen und die  
27 zunehmende Abzocke zu beenden, ist das Anbieten von  
28 IGeL deutlich zurück zu drängen.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**